



An den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses
Herrn Andreas Wolter

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 20.05.2020

AN/0647/2020

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Verkehrsausschuss	26.05.2020

Verkehrschao und Asbestängste - warum ist von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung nichts zur Leverkusener Brücke zu hören?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 18.April mussten die Anwohner*innen im Kölner Norden so wie alle anderen Bürger*innen in der Region die Hiobsbotschaften aus der Presse entnehmen: Der Vertrag mit dem Generalunternehmer der Leverkusener Brücke stand kurz vor dem Platzen, jahrelange Verzögerungen des Brückenneubaus standen im Raum. Zwischenzeitlich ist es traurige Gewissheit: NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst hat dem Bauunternehmen gekündigt und muss den Brückenbau neu ausschreiben. Mit der Fertigstellung eines ersten Abschnittes der neuen Brücke schon in diesem Jahr wird es nichts. Stattdessen müssen sich Autofahrer*innen darauf einstellen, vor der maroden Leverkusener Rheinbrücke noch lange Zeit im Stau zu stehen. Die Anwohner*innen in Merkenich werden noch deutlich länger mit den Belastungen und Einschränkungen rund um die Baustelle umgehen und leben müssen. Nach Berichten über Asbestfunde im bestehenden Bauwerk und PCB-haltige Versiegelungen der Brücke machen sie sich zudem Sorgen um ihre Gesundheit.

Die Anwohner*innen fühlen sich zu Recht nicht ausreichend informiert und mit ihren Fragen und Anliegen allein gelassen. Dies ist zum einen ein schwerwiegendes Versäumnis der NRW-Landesregierung, die viel frühzeitiger und umfassender über die offenbar massiven Probleme bei einem der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte und die erkennbaren negativen Auswirkungen auf die Menschen in der Region hätte informieren müssen. Dass die Beigeordnete Blome in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04. erklären musste, auch sie habe von den Entwicklungen aus der Presse erfahren, ist Ausdruck einer völlig verfehlten Kommunikation seitens der Landesregierung.

Zum Anderen stellt sich aber die Frage, warum die Kölner Stadtspitze angesichts dessen nicht ihrer Verantwortung gegenüber ihren Bürger*innen nachkommt und sich als Vermittlerin von deren Interessen und Anliegen gegenüber der Landesregierung positioniert.

Die SPD-Fraktion bittet vor diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum hat sich die Verwaltung nicht bei Bekanntwerden der Entwicklung umgehend mit der Landesregierung in Verbindung gesetzt und sich umfassend über die Situation und die Auswirkungen für Köln informiert und wenn doch, was sind die Ergebnisse und warum wurden die Anwohner*innen und Ratsgremien nicht zeitnah hierüber informiert?
2. Welche Rolle gedenkt die Stadtspitze und die Verwaltung einzunehmen und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die vom Brückenneubau in Köln Betroffenen informiert, gehört und mit ihren Sorgen und Anliegen ernst genommen werden?
3. An welchen konkreten Ansprechpartner innerhalb der Kölner Verwaltung können sich die Anwohner*innen mit ihren Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit der Leverkusener Brücke wenden?
4. Welche konkreten Vorstellungen und Vorschläge hat die Verwaltung, um bei den absehbaren Bauverzögerungen und etwaigen Stillstands Phasen kurzfristig zumindest für diese Zeiträume Entlastungen für die Anwohner*innen zu erreichen und wie wird sie dies gegenüber der Landesregierung anbringen?
5. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass sie zumindest zukünftig nicht mehr von Hiobsbotschaften bei diesem wichtigen Projekt überrascht wird?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin